



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

Österreich-Ungarn.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73546](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73546)

In Beantwortung seines Protestes und der Erklärung, daß die Politik Serbiens der Türkei gegenüber freundschaftlich geblieben sei, hat der türkische Außenminister geantwortet, daß, sobald die Erklärungen des serbischen Vertreters in schriftlicher Form wiederholt werden, das Kriegsmaterial durchgelassen werden wird. Sonnabend hat der Gesandte der Pforte mitgeteilt, daß er eine derartige schriftliche Erklärung nicht geben könne, worauf der türkische Außenminister ihn nochmals gebeten hat, Pasitch telegraphisch um die Ermächtigung zu einer solchen Erklärung zu bitten. Bis jetzt ist keine Rede davon gewesen, das Kriegsmaterial nach Marseille zurückzuschicken.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Wien an den russischen Außenminister vom 4./17. Juli 1912.

Ich habe mit Berchtold eine lange Unterredung gehabt, in deren Verlauf er sich bemüht hat, seine freundschaftlichsten Gefühle Rußland gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Er ist mit dem Gespräch des österreichischen Botschafters mit Ihnen über die Kaiserzusammenkunft in Baltischport außerordentlich zufrieden, sowie mit dem mit dem Deutschen Reichskanzler stattgefundenen Meinungsaustausche über alle laufenden Fragen. Auch Bethmann Hollweg hat ihm vertraulich über die verschiedenen politischen Unterredungen Mitteilung gemacht. Wie mir Berchtold sagte, wünscht auch Österreich das Seinige zur Erhaltung des Friedens beizutragen.

Die Nachrichten von einer republikanischen Bewegung auf dem Balkan, über die unser Gesandter in Sofia angeblich berichtet, sind auch bis zu ihm gedrungen, aber Berchtold hofft, daß diese Nachrichten übertrieben sind. Immerhin hält er die Lage in der Türkei und in Albanien für sehr gefährdend. Alles wird davon abhängen, wie weit die türkische Armee dem Sultan treu bleiben und nicht zu Albanien übergehen wird. Die letzten Berichte der österreichischen Agenten in Albanien sind beunruhigend. Berchtold denkt, man müßte auf die Regierungen Bulgariens und Serbiens einwirken, um ihnen jede Lust zu einer Einmischung zu nehmen; sollte aber der Brand entfacht werden, so müßten die Mächte sich bemühen, den Kampf zu lokalisieren, und sich jeder Einmischung enthalten. Aus diesen Worten schließe

ich, daß Berchtold seine Regierung gegen den Vorwurf eines Vordringens auf dem Balkan hat rechtfertigen wollen, da wahrscheinlich das Berliner Kabinett ihm von unseren Besürchtungen vertraulich Mitteilung gemacht hat. Der Minister verläßt in diesen Tagen Wien, behält aber die Leitung des Ministeriums bei.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in Wien vom 5./18. August 1912.—Nr. 1566.

Wird den russischen Vertretern in Paris, London, Berlin, Rom und Konstantinopel mitgeteilt. Der österreichisch-ungarische Botschafter hat uns ein Memorandum überreicht, in dem das Wiener Kabinett den Mächten vorschlägt, in einen Meinungs-austausch über die Lage auf dem Balkan einzutreten. Die österreichische Regierung begrüßt die Absicht der Pforte, den Albanern gewisse Privilegien zuzugestehen, und findet, daß die übrigen Nationalitäten der europäischen Türkei mit diesem ersten Schritte zu einer administrativen Dezentralisation sehr zufrieden sein müßten, da sie in Zukunft dieselben Vorteile für sich verlangen könnten. Bulgarien, Griechenland und sogar Serbien sind aber geneigt, in den den Albanern gemachten Zugeständnissen eine Bedrohung der Interessen der anderen Nationalitäten zu erblicken, und die Stimmung in Bulgarien scheint derart zu sein, daß für die friedliche Politik des Ministeriums Geschow ernstliche Schwierigkeiten entstehen könnten.

Die österreichisch-ungarische Regierung schlägt deshalb vor, einerseits die neue Richtung der inneren Politik in Konstantinopel zu unterstützen und andererseits bei den Balkanstaaten Vorstellungen zu erheben, um ihnen zu zeigen, daß die jetzige Politik der Türkei den Interessen der ihnen verwandten Nationalitäten in der Türkei entspricht und daß sie sich daher aller Schritte zu enthalten haben, die die Ruhe auf dem Balkan bedrohen könnten.

Der Minister Sazonow hat dem Botschafter geantwortet, daß er mit Ratschlägen in Konstantinopel einverstanden ist, solange sie sich nicht auf allzu weitgehende Autonomie beziehen, doch müssen diese Ratschläge nicht den Charakter von kollektiven Vorstellungen annehmen, da diese der türkischen Regierung unangenehm sein könnten. Was jedoch die Schritte bei den

Balkanstaaten anbelangt, so hätten sie unserer Ansicht nach, nachdem wir bereits zur Ruhe und Besonnenheit geraten haben, keine praktische Bedeutung und könnten unter gewissen Bedingungen sogar das entgegengesetzte Resultat haben, indem sie die Stellung der Regierung schwächen würden. Deshalb muß dieser Teil des österreichischen Vorschlages sehr reiflich erwogen werden. Zum Schluß hat der Minister mit Befriedigung festgestellt, daß das Wiener Kabinett in Balkanfragen auf dem im Jahre 1910 vereinbarten Standpunkte steht, d. h. der Beruhigung auf dem Balkan, der Erhaltung des status quo und des Prinzips der friedlichen Entwicklung der Balkanstaaten.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an die russischen Vertreter in Paris und London vom 5./18. August 1912. — Nr. 1564.

Der bulgarische und serbische Vertreter haben uns im Auftrage ihrer Regierungen gebeten, die Initiative zu ergreifen, um der christlichen Bevölkerung der europäischen Türkei dieselben Rechte zu sichern, wie sie jetzt die Albanier als Ergebnis ihrer Verhandlungen mit der Türkei erhalten sollen. Diese Bitte ist durch die schwierige Lage ihrer Regierungen infolge der in diesen Ländern herrschenden Erregung an uns gerichtet worden. Diese Erregung würde noch zunehmen, wenn es sich herausstellen sollte, daß die Albanier, nachdem sie zu den Waffen gegriffen, bedeutende Resultate erzielt haben, während die übrigen Nationalitäten dem Willen der Mächte nachgebend unter den früheren unleidlichen Bedingungen weiterleben müssen.

Unsererseits glauben wir, daß der Schritt Bulgariens und Serbiens in Petersburg in Anbetracht der Vorschläge des Grafen Berchtold nicht ohne Beachtung bleiben darf. Obwohl dieser annimmt, daß die Reformen in Albanien natürlicherweise auch auf die andern Nationalitäten ausgedehnt werden, so steht doch zu befürchten, daß Ansichten und Ratschläge nicht genügen werden, um eine friedliche Lösung herbeizuführen. Wir glauben, es wäre das richtigste, die Wünsche der bulgarischen und serbischen Regierung bis zu einem gewissen Grade zu erfüllen. Zu diesem Zwecke muß man die den Albanern gewährten Vorrechte nach Möglichkeit einschränken und von der

türkischen Regierung das Versprechen erhalten, dieselben Vorrechte auch den übrigen Nationalitäten zu bewilligen. Die Initiative in letzterer Hinsicht könnte den Türken überlassen bleiben, nachdem die Botschafter in Konstantinopel ein Einvernehmen mit der Türkei erzielt haben werden.

Diese unsere Meinung befindet sich, wie uns scheint, nicht im Widerspruch mit den Vorschlägen Berchtolds.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 10./23. August 1912. — Nr. 152.

In Beantwortung des österreichischen Vorschlages hat Poincaré an den französischen Botschafter in Wien ein Telegramm folgenden Inhaltes gerichtet: Frankreich würde der Türkei gerne raten, die Vorrechte, die sie den Albanern zugestehen will, auch auf die anderen christlichen Nationalitäten auszudehnen. Frankreich kann es jedoch nicht auf sich nehmen, eine Veränderung des status quo herbeizuführen. Unter dieser Bedingung ist es bereit, in einen Meinungsaustrausch einzutreten. Selbstverständlich wird es keinen Beschluß fassen, ohne sich vorher mit Rußland und England verständigt zu haben.

Vertraulicher Bericht des russischen Geschäftsträgers in Wien an den russischen Außenminister vom 2./15. August 1912.

Ich habe es nicht unterlassen, Berchtold so bald wie möglich über seine Ansicht über die Vorgänge auf dem Balkan zu befragen. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß er nicht weniger als wir den Konflikt zu lokalisieren wünscht. Die Gefahr dieses Konfliktes erblickt er nicht nur in dem letzten montenegrinischen Grenzzwischenfall, sondern in Ereignissen in der Art der Mezeleien von Kotschan, welche ein aktives Eingreifen Bulgariens hervorrufen könnten. Den Schlüssel zu der politischen Lage erblickt er in Konstantinopel: gelingt es der Regierung sich zu halten, so besteht Hoffnung, den Konflikt zu lokalisieren, während es unmöglich ist, die Folgen einer Anarchie oder sogar längerer Wirren vorherzusehen.

Zu obigem erlaube ich mir folgende Erwägungen hinzuzufügen: Obwohl hier ohne Zweifel eine unruhige Militär-

partei besteht und obwohl Österreich vorbereitende Maßregeln getroffen hat, über die ich in meinem Bericht Nr. 29 Einzelheiten mitteile, so bin ich doch überzeugt, daß kein ernster Grund zur Befürchtung vorliegt, daß Österreich im jetzigen Zeitpunkte aggressive Ziele auf dem Balkan verfolgt. Man weiß hier wohl, zu welchen Folgen eine solche Politik führen kann: sie wäre das Signal zum europäischen Kriege. Und ein solcher Krieg ist für Österreich zu gefährlich, als daß es, ebenso wie irgendein anderes Land, mit vollem Bewußtsein eine solche Katastrophe hervorrufen würde.

Für Österreich ist der Krieg vielleicht noch weniger wünschenswert als für eine andere Großmacht, in Anbetracht sowohl seiner finanziellen als auch seiner militärischen Unvorbereitetheit.

Obwohl ich überzeugt bin, daß Österreich augenblicklich keine aggressiven Ziele verfolgt, so bin ich nicht weniger überzeugt, daß Österreich, trotz seiner jetzigen militärischen Schwäche, der Versuchung nicht widerstehen wird, sich aktiv zur Verteidigung derjenigen Ziele einzumischen, welche es als seine historische Mission auf dem Balkan betrachtet, wenn diese Ziele bedroht sein sollten. Eine solche Bedrohung würde man in jeder Veränderung des status quo auf dem Balkan erblicken. Ich kann nicht beurteilen, wie die hiesige Regierung eine Verletzung des status quo in den türkischen Meerengen betrachten würde, aber ich kann nicht leugnen, daß, als die Nachricht von dem Abschlusse der russisch-französischen Marinekonvention bekannt und die Meerengenfrage hiermit in Verbindung gebracht wurde, die hiesige Presse deutlich von einer Bedrohung des berüchtigten status quo zu sprechen anfing. Für den Fall, daß Österreich in die Balkanwirren hineingezogen würde, was aber, wie gesagt, nicht gewünscht wird, trifft man gewisse militärische Maßnahmen, allerdings in bescheidenem Umfange, wie dies der friedlichen Stimmung der Regierung entspricht. Aber diese Maßnahmen werden immerhin getroffen. In Verbindung mit ihnen steht wahrscheinlich auch die Reise Berchtolds nach Rumänien und seine bevorstehende Zusammenkunft mit dem Deutschen Reichskanzler in Buchlau, wo wahrscheinlich über das Maß und die Art der gegenseitigen Unterstützung gesprochen werden

wird, falls die Entwicklung auf dem Balkan eine solche nötig machen sollte.

Zum Schlusse will ich bemerken, daß der allgemeine Ton der hiesigen Presse den Gedanken kaum zuzulassen scheint, daß die Bevölkerung sich in jener erhöhten Stimmung befindet, in der allein man zu einem Angriffsfeldzuge rüsten kann.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 16./29. August 1912.

Wie mir Paléologue mitteilt, habe Georges Louis telegraphiert, in Petersburg gehe das Gerücht, Berchtold wolle eine Konferenz vorschlagen und Sie hätten den Wunsch geäußert, daß die Entente ihm zuvorkomme. Sie wären der Ansicht, daß Frankreich die Initiative ergreifen solle. Dieser Gedanke hat ihm augenscheinlich sehr gefallen. Während ich bei Paléologue war, beriet Poincaré über diese Frage mit dem englischen Botschafter.

Telegramm des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 8./21. August 1912.

Bollati erblickt in dem österreichischen Vorschlage den bemerkenswerten Umstand, daß das Wiener Kabinett sich auf den Standpunkt der Vereinbarung des Jahres 1910 gestellt hat, d. h. der Erhaltung des status quo und des Grundsatzes der friedlichen Entwicklung. Im Prinzip dem österreichischen Vorschlage oder vielmehr dessen zweitem Teile zustimmend, da ja der erste Italien nicht betrifft, glaubt die italienische Regierung ebenso wie wir, daß die von Österreich vorgeschlagenen Schritte in den Balkanhauptstädten gefährlich werden könnten. Er ist der Ansicht, daß die österreichische Initiative ein toter Buchstabe bleiben wird. Heute haben mich die Vertreter der Balkanstaaten besucht und mir erklärt, daß ihre Regierungen durch den österreichischen Vorschlag außerordentlich beunruhigt worden seien. Ich habe sie zu beruhigen versucht, indem ich erklärte, daß die russische Regierung auf ihre politische Klugheit zählt und kaum neue Ratschläge erteilen wird. Der bulgarische Gesandte erklärte, daß, wenn die Türkei sich weigert, augenblick-

lich Reformen in Mazedonien einzuführen und einen christlichen Gouverneur zu ernennen, seine Regierung gezwungen sein wird, der Türkei sofort den Krieg zu erklären, da sonst eine Revolution in Bulgarien ausbrechen würde.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 19. August/1. September 1912.

Paléologue hat mir vertraulich mitgeteilt, daß die englische Regierung mit einem Meinungs-austausche unter den Entente-mächten einverstanden sei, daß sie aber darauf bestehe, daß etwaige Schritte zusammen von allen fünf Mächten unternommen werden. England denkt an das europäische Konzert und fürchtet alles, was eine Rivalität zwischen den beiden Mächtegruppen hervorrufen könne, vor allem eine neue Verschärfung der österreichisch-russischen Beziehungen.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 16./29. August 1912.

Ich brauche nicht mehr auf die gefahrdrohenden Nachrichten hinzuweisen, die aus den Balkanstaaten hierher dringen. Durch den geheimen Abschluß von Bündnissen ermutigt und von ihrer Übermacht überzeugt, haben die Balkanstaaten nur den einen Gedanken, den günstigen Zeitpunkt nicht vorübergehen zu lassen und so bald als möglich sich in den Kampf zu stürzen. Diese Bestrebungen haben unter meinen Augen fast stündlich in der immer größer werdenden Nervosität meiner hiesigen Balkankollegen Bestätigung gefunden. Sie alle, und besonders der bulgarische Gesandte, richten beständig die Frage an mich: „Wann wird Rußland endlich zu handeln anfangen?“ Sie werden zugeben, daß eine derartige Stimmung äußerst gefährlich ist. Unter diesen Umständen können die kleinsten Unruhen in Konstantinopel kriegerische Verwicklungen auf dem Balkan nach sich ziehen. Andererseits sind solche Unruhen um so wahrscheinlicher, als der Kampf der politischen Parteien in Konstantinopel wieder eingesetzt hat. Es ist möglich, daß die allgemeine Spannung so groß werden wird, daß man sich nicht mehr die Frage stellen wird, ob sich auch Rußland in Bewegung

jetzt, und daß man wider dessen Willen zu den Waffen greift. Ich glaube, daß das Eintreten dieses Augenblickes von Zufälligkeiten abhängt, nicht von irgendwelchen vorher bestimmten Terminen, und wir müssen daher unverzüglich unsere Maßnahmen treffen. Dies um so mehr, als wir, soviel ich weiß, keine Garantien haben, daß die Ansprüche der Bulgaren sich mit der Errichtung eines Groß-Bulgarischen Reiches in den Grenzen des Vertrages von San Stefano begnügen werden. Ich persönlich bin der Ansicht, daß sie bei den geringsten Hoffnungen auf Erfolg sich nicht nach Süden, sondern nach Osten gegen die Hauptstadt des türkischen Reiches wenden werden. Ich glaube, daß der Umstand, daß wir unvorbereitet sind, nur ein weiterer Beweggrund für sie sein wird, dieses längst ersehnte Ziel zu erreichen, in der Überzeugung, daß wir nicht die Möglichkeit haben, sie daran zu hindern.

Die Möglichkeit, daß wir in so unzeitgemäße Verwicklungen hineingezogen werden können, sowie die Bedrohung unserer historischen Ideale veranlassen mich zu wiederholen, daß wir gerüstet sein müssen, da die von uns befürchteten Ereignisse nur abgewendet werden können, wenn bei uns und bei den Balkanvölkern kein Zweifel darüber besteht, daß wir uns durch dieselben nicht überraschen werden lassen.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 7./20. September 1912. — Nr. 114.

Da ein bewaffnetes Vorgehen Bulgariens in allernächster Zeit nicht mehr abzuwenden ist, so erlaube ich mir, Ihnen folgende Erwägung zu unterbreiten: Wenn wir in unserem Interesse nicht zulassen wollen, daß Varna und Burgas von der türkischen Flotte beschossen, türkische Truppen längs des ganzen Ufers Bulgariens gelandet, die Kabelverbindung Odessa-Varna und unser Handel mit Bulgarien unterbrochen werden — so muß unsere Schwarzmeer-Flotte in weniger als zwei Wochen zum Auslaufen bereit sein. Ich wiederhole den in meinem Briefe vom 24. August ausgedrückten Gedanken, Rußland müsse erklären, daß es keine Störung auf dem ganzen Westufer des Schwarzen Meeres zulassen werde. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Pforte nachgeben und sich verpflichten wird, ihre Flotte